

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

204 (16.9.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 16. September 1950

Nr. 204

Kabinettschließt Brotgetreidepreise Regelung bis Juni 1951

Bonn (UP). Das Bundeskabinett hat eine Verordnung über die Brotgetreidepreise für die Zeit vom Oktober 1950 bis einschließlich Juni 1951 verabschiedet, berichtete ein Regierungssprecher vor der Presse. Das in- und ausländische Brotgetreide in der Preisgruppe IV wurde für Oktober auf 281,30 DM je Tonne Roggen und auf 321,50 DM je Tonne Weizen festgesetzt. Die Preise erhöhen sich bis einschließlich März um monatlich je zwei Mark pro Tonne. Von April bis Juni 1951 bleiben die Preise konstant.

Damit wird die letzte Getreidepreiserhöhung um 40 bzw. 60 DM je Tonne Roggen bzw. Weizen beibehalten und bis März 1951 sogar noch um jeweils zehn Mark weiter erhöht.

Vorher nahm das Kabinett einen Bericht des Bundesverkehrsministers über die Lage der Bundesbahn entgegen. Der Finanzminister unterrichtete seine Kabinettskollegen über den Stand der Beratungen zum Lastenausgleich und kündigte weitere Verhandlungen mit den Interessentengruppen an.

Coca-Cola-Debatte im Bundestag Der Finanzminister verteidigt sich

Bonn (UP). Nach einer längeren zum Teil neugierigen Debatte über einen Antrag der Bayernpartei über die Besteuerung stimulierender Getränke, in deren Verlauf die Äußerung fiel, daß „Coca-Cola ein ganz besonderer Saft“ sei, wurde der Antrag gegen die Stimmen der SPD und KPD zur weiteren Beratung den Ausschüssen überwiesen. Vorher hatte der von der Opposition persönlich angegriffene Bundesfinanzminister Schäffer seine steuerverrechtliche Absicht damit verteidigt, daß Coca-Cola ein koffeinhaltiges Getränk sei, das süchtig mache. Er halte eine gleichmäßige Besteuerung sowohl für Kaffee als auch für Kaffee-Essenz für notwendig.

Weiter wurde ein Gesetzentwurf zur Überleitung der Besatzungsleistungen, Kriegsfolgenleistungen usw. auf den Bund angenommen. In der Debatte zu diesem Punkt kündigte Finanzminister Schäffer die baldige Vorlage des Gesetzes über den „horizontalen Finanzausgleich“ vor dem Kabinett an. Auch der Gesetzentwurf über eine Finanzhilfe für Schleswig-Holstein fand die Billigung des Plenums. Außerdem wurde ein Gesetzentwurf über Errichtung und Aufgabe des Bundesrechnungshofes mit kleinen redaktionellen Änderungen zugestimmt.

Tarifenkung im Bundesbahnpersonenverkehr aufgeschoben. Die Verhandlungen über eine Tarifenkung im Personenverkehr der Bundesbahn sind wegen der augenblicklichen Preis- und Lohnfrage vorerst abgebrochen worden.

40 Milliarden jährlich für die Streitkräfte

Ein amerikanisches Wiederaufrüstungsprogramm - Zahlen ungewöhnlicher Stärke

Washington (UP). Die zuständigen Militärbehörden der USA haben ein Wiederaufrüstungsprogramm ausgearbeitet, das für die amerikanische Armee, Marine und Luftstreitkräfte Ausgaben in Höhe von 40 Milliarden Dollar jährlich vorsieht. Damit sollen bis zum 1. Juli 1954 20 Infanteriedivisionen, 600 Kriegsschiffe verschiedener Art und etwa 50 Flugzeuggeschwader in Dienst gestellt werden.

In unrichtigsten militärischen Kreisen weist man darauf hin, daß die Verteidigungsausgaben damit etwa das Dreifache der vergleichbaren Ausgaben vor dem Koreakonflikt ausmachen würden. Zunächst sind allerdings von den geplanten 20 Divisionen 11 reguläre Divisionen und 4 Divisionen Nationalgarde vorgesehen. Die Flotte soll 12 große und 15 kleine Flugzeugträger und etwa 215 Zerstörer umfassen. Außerdem sind eine Reihe anderer Kriegsschiffe vorgesehen. Die Luftstreitkräfte sollen zum 1. Juli 1951 58 Geschwader und am 1. Juli 1952 69 Geschwader umfassen.

Das Repräsentantenhaus nahm durch Akklamation eine Gesetzesvorlage an, durch die der Vorsitzende des gemeinsamen Stabes der drei Teile der amerikanischen Streitkräfte, General Bradley, zum General der Armee — General mit fünf Sternen — ernannt wurde.

Das amerikanische Repräsentantenhaus sprach am Freitag seine Zustimmung zur Ernennung von General Marshall zum Verteidigungsminister aus.

Eine Richtigstellung

Zu der Erklärung Präsident Trumans auf seiner Pressekonferenz von Donnerstagabend, wonach die amerikanische Regierung „die Möglichkeit einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland prüft“, hat das Weiße Haus später eine Richtigstellung veröffentlicht. Darin wird ausdrücklich festgestellt, daß sich die Fortalisierung Trumans nicht auf einen Friedensvertrag für Deutschland beziehe, „über den gegenwärtig nicht beraten wird“, sondern auf die Beendigung der Kriegszustände. Dies sei eines der Themen der Außenministerkonferenz der drei westlichen Großmächte und beziehe sich lediglich

Landung im Rücken der Kommunisten

McArthur's Streitkräfte ergreifen die Initiative - Die Aktion bei Incheon. Frontnachschub der Nordkoreaner bedroht

Tokio (UP). Nach mehreren Wochen verlustreicher Rückzugsgefechte und erbitterter Abwehrkämpfe nahmen die Streitkräfte der Vereinten Nationen am Freitag zum ersten Mal seit Beginn des Koreafeldzuges den Kommunisten die Initiative an der Hand und landeten starke Kontingente Marineinfanterie tief hinter dem Rücken des angeschlagenen Gegners, mit dem Ziel, den nordkoreanischen Frontnachschub völlig zu unterbinden. Schon vor zwei Tagen hatte sich eine Armada von 261 Schiffen vor der Westküste versammelt und die Hafenanlagen von Incheon, etwa 200 Kilometer hinter der kommunistischen Front, mit Unterstützung von Trägerflugzeugen sturmreif geschossen. Die erste Landungswelle der Amerikaner setzte sich am Freitag gegen geringen Widerstand in den Besitz der dem Hafen von Incheon vorgelagerten Insel Wolmi, während die zweite Welle gegen Incheon selbst vorging und bei Einbruch der Dämmerung (Ortszeit) drei Kilometer in die Stadt eingedrungen war. Eine dritte Gruppe landete 10 Meilen von dem wichtigen Flugplatz Kimpo.

Die gesamte Operation steht unter dem direkten Oberkommando von McArthur, der von Bord eines Kreuzers den Ablauf des Landungsmanövers beobachtete, bei dem das neu zusammengestellte 18. Armee Korps zum ersten Mal in Aktion tritt. Parallel zu der Operation an der Westküste, hat sich eine südkoreanische Kommandogruppe am Freitag in den Besitz der Hafenanlagen von Yongp'o an der Ostküste gesetzt und dort einen Brückenkopf gebildet. Die Landungsoperation wurde von Kriegsschiffen der Vereinten Nationen unterstützt. Weiter nördlich hatte inzwischen das amerikanische Schlachtschiff „Missouri“ den Hafen Samchok, 100 km nördlich von Pohang, unter Beschuß genommen.

Weitere Erfolge werden auch aus dem Raum von Pohang gemeldet, wo sich die südkoreanische Hauptstadtdivision in den Besitz der hart umkämpften Stadt Angangui setzte. Während sich die Kommunisten in den letzten Tagen an fast allen Frontabschnitten auf kleinere Kampfhandlungen beschränkt hatten, traten sie am Freitag nordwestlich Taegu unerwartet zu einer mit Panzern vorgetragenen Offensive an und drangen Teile der 1. amerikanischen Kavalleriedivision um zwei Kilometer zurück. Nach wie vor befinden sich die Amerikaner jedoch im Besitz der beberrschenden Höhen nördlich der Stadt. Am südwestlichen Frontabschnitt überrannten die Kommunisten in Bataillonstärke zwei Kom-

panien der 24. Infanteriedivision. Ein sofort eingeleiteter Gegenangriff warf die Kommunisten wieder auf ihre Ausgangstellungen zurück.

„Planmäßige Fortschritte“

General MacArthur teilte später dem amerikanischen Oberkommando in Washington mit, daß das Landungsunternehmen bei Incheon planmäßig fortschreite. Die Landstruppen hätten den Widerstand des Gegners rasch überwunden und einen Brückenkopf eingerichtet. Der uhrwerkartige Ablauf der Unternehmung und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Truppenteilen seien bemerkenswert gewesen.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, daß die Wahl des Landeplatzes bei Incheon nach sorgfältigen wochenlangen Erwägungen getroffen worden sei. Über die Stärke der bei Incheon gelandeten Truppen erwähnte der Sprecher eine Division Marinestruppen, eine Armeedivision und Spezialtruppen. Er fügte hinzu: „Aber die genaue Stärke kennen wir natürlich nicht“. Er wies auch nichts über Landungen amerikanischer Fallschirmjäger beim Flugplatz Kimpo.

Strategische Fehler

Nach einem zusätzlichen Bericht des Präsidenten der UP, Hugh Baillie, ist General MacArthur der Ansicht, daß die Nordkoreaner einen grundsätzlichen Fehler machten, in dem sie ihre Versorgungslinien in Korea bis zum Zerreißen in die Länge zogen. Diese ihm bekannte Tatsache nutzt MacArthur zu seinem Vorteil aus. Daher die Landung im Rücken der Nordkoreaner. Zwei Fehler sind es eigentlich, die die Nordkoreaner machten: 1. führten sie den ersten Schlag nicht schnell genug, da sie die wirkliche Stärke der Amerikaner und Südkoreaner nicht kannten. Als sie in den ersten Tagen des Krieges auf kleine amerikanische Einheiten stießen, zögerten sie und bildeten eine breite Front. Und doch hätte im Anfangsstadium des Krieges eine Gruppe von Tanks, gefolgt von Lastwagen mit Infanterie, bis nach Pusan durchstoßen können. Dieses Zögern und der Widerstand der ersten kleinen amerikanischen Einheiten brachten die Nordkoreaner um die schnelle Besetzung Südkoreas. Der zweite Fehler war die schon erwähnte Ausdehnung ihrer Nachschublinien. Weiter heißt es in dem Bericht u.a., die „erste Garnitur“ der Nordkoreaner sei inzwischen verbrannt worden und die Amerikaner hätten sich nach und nach mit allen Tricks und Schlichen des barbarischen Krieges vertraut gemacht. In diesem Zusammenhang wies der Oberbefehlshaber der UN-Truppen darauf hin, daß der Gegner den größten Teil seiner Verbände im Süden konzentriert habe und von Nordkorea hinsichtlich des Nachschubs an Menschen und Material abhänge. Der Nachschub würde zum größten Teil durch das Gebiet Seoul-Inchon geschleust. Sollte es möglich sein, dieses Gebiet zu erobern, befände sich damit das Gros der kommunistischen Truppen in einer Zange. Damit würde der Gegner gezwungen, seine Kräfte zu zerstückeln und müsse früher oder später, je nach dem Erfolg der UN-Operation aufgeben.



US-Gefangene verbrannt

Zwei amerikanische Soldaten haben am 31. August unabhängig voneinander von verschiedenen Punkten aus an der Naktong-Front beobachtet, wie drei Verwundete amerikanische Soldaten von Nordkoreanern in ein Feuer geworfen wurden, das sie aus Zelbühnen mit Benzin entzündet hatten. Die beiden Augenzeugen hatten den Vorfall aus ungefähr 60 bis 70 m Entfernung verfolgen können. Während einer der Amerikaner beabsichtigte zu sein schien, schrieen die beiden anderen, als sie von den Kommunisten zum Feuer geschleppt wurden deutlich und vernehmbar „don't do it“. Als sich die Verwundeten Amerikaner zu wehren versuchten, seien sie von ihren Feindern geschlagen worden.

New Yorker Zwischenbilanz

700 unserer Korrespondenten

D.G. New York

In denselben Räumen des Waldorf-Astoria-Hotels, in denen während der letzten Tage die Außenminister der drei großen Westmächte tagten, sind jetzt die zwölf Außenminister der Atlantikpaktstaaten zusammengetreten. Sie werden u.a. über den umstrittenen Vorschlag der Vereinigten Staaten, deutsche Kontingente in eine europäische Armee einzugliedern, zu beraten haben.

In den dreitägigen Besprechungen der „Großen“ war es dem amerikanischen Außenminister Acheson nicht gelungen, die Zustimmung des britischen Außenministers Bevin und des französischen Außenministers Schuman zu einem Plan einer Einbeziehung Westdeutschlands in die europäische Verteidigung zu erhalten. Die beiden haben einwilligen bei ihren Regierungen um neue Instruktionen ersucht.

Die Außenminister der drei westlichen Großmächte beendeten ihre Verhandlungen ohne irgendwelche endgültigen Entscheidungen bezüglich des großen, der Lösung harrenden, Problem-Komplexes bekanntzugeben. Sie kamen aber überein, sich nächste Woche — vor der Eröffnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen — wieder zu treffen, vorher aber mit ihren Kollegen aus den anderen Atlantikpaktstaaten Rücksprache zu nehmen.

In einem Interims-Kommuniqué bestätigten die „großen“ Außenminister ihre „volle Übereinstimmung“ über die Notwendigkeit „sofort Schritte zu unternehmen“, um sich über die Beteiligung der einzelnen Staaten an dem westlichen Verteidigungssystem in Europa und Asien klar zu werden. Die einzelnen Punkte dieser Übereinstimmung werden dabei wie folgt präzisiert:

1. Aufstellung vereinter Streitkräfte für die Verteidigung Westeuropas.
2. Beschleunigte Verstärkung der Streitkräfte in Westeuropa.
3. Maßnahmen für die Vergrößerung der europäischen Produktion von notwendigem Ausrüstungsmaterial für die Verteidigung und zur Finanzierung der Verteidigungsanstrengungen.
4. Mögliche Einbeziehung Westdeutschlands bei der Produktion von Verteidigungsmaterialien.
5. Zu unternehmende Schritte, um die innere Sicherheit Westdeutschlands und Berlins zu schützen.
6. Anwendung geeigneter Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beendigung des Kriegszustandes und eine weitere Lockerung der Besatzungskontrollen, um die Rückkehr Deutschlands in die Familie der freien Nationen zu beschleunigen.

In dem Kommuniqué wird weiter bekanntgegeben, daß die Minister über die folgenden asiatischen Probleme einen Meinungsaustausch geführt hätten:

1. Sicherung Südostasiens gegen direkte oder indirekte Aggression.
2. Politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklung der assoziierten Staaten von Indochina.
3. Weiteres Interesse der Vereinten Nationen an Korea nach Beendigung der Feindseligkeiten.
4. Fragen, die sich auf eine friedliche Regelung des Problems Formosa bezogen.

Acheson besteht, wie hier versichert wird, weiter darauf, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich der Aufstellung einiger deutscher Divisionen und ihrer Einbeziehung in die westeuropäische Armee erreicht werden sollte. Diese westeuropäischen Einheiten würden dann wahrscheinlich einem amerikanischen Oberbefehlshaber, vielleicht General Eisenhower, unterstellt werden. Sowohl Bevin als auch Schuman sind aber nicht bereit, so weit zu gehen, obwohl Acheson immer wieder betont, daß Europa nicht ohne deutsche Soldaten und das deutsche Industriepotential verbleiben könne.

Das entgegliche Kommuniqué über die Außenministerberatungen der drei westlichen Großmächte, das nächste Woche erwartet wird, dürfte, wie hier verlautet, folgende Punkte enthalten:

1. Eine Vereinbarung, die westdeutschen Polizeistreitkräfte auf einer gemischten Bundesländer-Grundlage zu verstärken und zu reorganisieren. Die Streitkräfte würden weiterhin auf Länderbasis organisiert sein, aber im Falle des Notstandes in den Dienst des Bundes gestellt werden. Dies ist eine Konzession gegenüber französischen Befürchtungen wegen der Bildung einer Bundespolizei.
2. Eine Vereinbarung, den technischen Kriegszustand mit Deutschland zu beenden. Dies wird das Recht der Alliierten nicht beeinträchtigen, in Westdeutschland Besatzungs-

Sowjettruppen meutern in Ungarn

3 Offiziere und 23 Soldaten getötet

streitkräfte zu unterhalten. Großbritannien und Frankreich sollen darauf bestanden haben, daß in dieser Hinsicht nichts Überreil geschehe.

3. Ein Übereinkommen zur Abschwächung der alliierten Kontrollen in der Bundesrepublik, das die Revision des Besatzungsstatus und einen größeren Spielraum für eine außenpolitische Betätigung der Bundesrepublik einschließt. Ferner dürften gewisse Restriktionen der Industrie-Produktion aufgehoben werden. Die Stahlquote wird wahrscheinlich erhöht. Alle diese Probleme und der Vorschlag Achesons, daß deutsche Soldaten und die deutsche Produktionskraft in die westeuropäische Verteidigung eingegliedert werden sollten, werden jetzt bei den Beratungen der Außenminister der Atlantikpaktstaaten besprochen. Vertreten sind dabei die USA, Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Island, Holland, Belgien, Luxemburg, Italien und Portugal.

„Sicherheit, weil wir Frieden wollen“ Ehard eröffnet Gemeinschaftssendung für die Ostzone

München (UP). „Wichtig ist, daß das Gefühl der inneren Verbundenheit nicht verlorengeht, daß wir in der geistigen und seelischen Grundhaltung eine deutsche Nation bleiben.“ Dies erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard am Freitag in einer Ansprache anlässlich der Aufnahme der Gemeinschaftssendung der westdeutschen Rundfunkstationen für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone. Ehard verwies darauf, daß die Mächte, in deren Gewalt der deutsche Osten geraten sei, sehr viel von der deutschen Einheit reden. In Wirklichkeit seien sie am Werk, den deutschen Osten durch eine systematische Entfremdung vom übrigen Deutschland abzutrennen. Niemals aber werde sich Deutschland unter einem sowjetischen System einigen. Die Einheit Deutschlands könne erst dann wieder hergestellt werden, wenn alle Teile Deutschlands ihre innere Freiheit zurücklangt haben. Ehard schloß seine Ausführungen mit der Feststellung: „Wenn wir von Sicherheit reden, tun wir es, weil wir den Frieden wollen, ebenso wie wir von Freiheit reden, wenn wir an die Einheit Deutschlands denken.“

Dritte Phase: Gegenangriff „Unternehmen Regenbogen“ — Fünfter Tag

Buchen (UP). Die alliierten „Verteidigungstruppen“ haben am Freitagmorgen — dem fünften Tag des „Unternehmens Regenbogen“ — ihre Gegenoffensive eröffnet, die das Ziel verfolgt, die „Aggressoren“ hinter die „Grenze“ ihres „im Osten liegenden Heimatlandes“ zurückzuwerfen. Die Gegenoffensive, der ein dreitägiger Rückzug und ein Tag der Umgruppierung vorausging, wurde mit Tankunterstützung aufgenommen. Nach den ersten Berichten leisteten die „Aggressoren“ erbitterten Widerstand und zogen sich nur schrittweise zurück. Die Gegenoffensive wurde längs der gesamten Verteidigungslinie aufgenommen, die am Freitagmorgen von Frankfurt über Heilbronn nach Stuttgart verlief. „Unternehmen Regenbogen“ endet am 18. September. Die alliierten Stabschefs, die als „Beobachter“ den Verlauf der Manöver verfolgten, besprachen am Freitagvormittag das Problem einer eventuellen Wiederbewaffnung Deutschlands. Diese Offiziere stimmten dabei überein, daß eine deutsche Mitarbeit an der europäischen Verteidigung notwendig und zu begrüßen sei.

Vertrauensvotum für Kabinett Venizelos. Das griechische Parlament sprach der neuen Regierung Venizelos mit 183 gegen 43 Stimmen das Vertrauen aus.

Edmund Sabott.

Der Angeklagte schweigt . . .

Copyright by Verlagsgesellschaft Ullstein & Spiller

6. Fortsetzung.

Wenige Minuten später wurde die Strafsache Lönne aufgerufen. Mit klopfendem Herzen überschritt Charlotte die Schwelle des Saales. Ein Wachmeister öffnete vor ihr die Schranke der Holzbarriere, die den Zuschauerraum von dem übrigen Saal trennte. Sie nahm auf der vordersten Bankreihe Platz und hatte plötzlich die ahnungsvolle Gewißheit, daß in diesem Saal auch über ihr Schicksal entschieden würde und daß sie ihn, wenn das Urteil gefällt war, als eine Verwandte verlassen würde.

Als Charlotte aufsaß, galt ihr erster Blick der Anklagebank, hinter der Lönne aufrecht stand. Er sprach mit seinem Verteidiger. Zu ihr blickte er nicht hin. Er trug einen dunkeln Straßennutzen, sein dichtes, dunkelbraunes Haar war sorgfältig geschnitten und gesteckt. Seine gekreuzten Hände lagen auf der Brustung, und Charlotte bemerkte, daß er eine Armbanduhr trug. Als er aber einmal die Hände hob, um sich über die Stirn zu streichen, fiel der Aermel ein wenig zurück, und sie erkannte zu ihrem Entsetzen, daß das Gürtelband an seinem Handgelenk eine Stahlfessel war. Sie schluckte schwer. Weshalb, um Gottes willen, hatte man ihn gefesselt? Fürchtete man von ihm Gewalttätigkeiten oder einen Fluchtversuch?

Plötzlich hob Lönne die Augen und blickte, ohne seine Haltung zu verändern, zu ihr hin. Mit aller Kraft bemühte sie sich, ihm ein lächelndes Gesicht zu zeigen. Sie nickte ihm zu, und Lönne nickte zurück, erwiderte jedoch

Wien (UP). Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß es vor einigen Tagen unter den sowjetischen Truppen bei Polgar in Westungarn zu einer Meuterei gekommen sei, in deren Verlauf drei Offiziere und 23 Soldaten getötet wurden.

Eine Abteilung motorisierter Infanterie in Polgar habe während einer militärischen Übung gemeutert und den Unterleutnant Kawaljew angegriffen. Dieser versuchte sich durch Schüsse aus einem Revolver zu verteidigen. Er wurde dabei von den Hauptleuten Lewronski und Mitow, die ihm zu Hilfe geeilt waren. Darauf sei Militärpolizei angefordert worden. Im Verlauf einer längeren Schießerei seien 23 Soldaten getötet worden. Über 25 wurden verwundet. Die übrigen Soldaten seien schließlich überwältigt worden und sollen vor ein Militärgericht gestellt werden.

Kommunisten demonstrierten. Zu einer kommunistischen Demonstration an der sich ungefähr 150 Personen beteiligten, kam es am Donnerstag in Wien vor dem Hotel Bristol, dem Hotel der amerikanischen Armee, aus Anlaß der Anwesenheit des Oberbefehlshabers der amerikanischen Feldarmee, General Clark. Während Clark im Hotel eine Pressekonferenz abhielt, wurden die Demonstranten vor dem Eingang durch die Wiener Polizei mit Knütteln auseinandergetrieben. Sechs Personen wurden mit Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Demonstranten riefen in Sprechchören auf englisch „Clark geh nach Hause, sonst wirst Du hier ein zweites Korea erleben“.

General Clark befindet sich in Europa, um amerikanische Truppen in Deutschland, Österreich und Triest zu inspizieren. Er sagte in der Pressekonferenz u. a., er habe die US-Soldaten in erstklassiger Verfassung angetroffen. Die Ausbildungsmethoden seien auf Grund der in Korea gemachten Erfahrungen abgeändert worden.

Schwere Zwischenfälle an der Ostzonen-Grenze

Ostzonenpolizei schoß auf Westberliner Polizei. Berlin (UP). In der Nacht zum 15. September kam es zu einem schweren Zwischenfall an der französisch-sowjetischen Sektorgrenze in Westberlin. Sowjetzonen-Volkspolizei



Die große Deutschland-Debatte in New York. Unser Bild zeigt die Außenminister Schuman (Frankreich), Acheson (USA) und Bevin (Großbritannien) im Gespräch.

nicht ihr Lächeln. In seinen Augen, die in dem blaß gewordenen Gesicht größer und dunkler erschienen als früher, glaubte sie sogar ein mißbilligendes Erstaunen zu bemerken, jedenfalls keinen Dank für ihre Gegenwart, keine Wiedersehensfreude. Er wandte sich rasch wieder ab und setzte sein Gespräch mit Henius fort.

Charlotte ward sich voller Bestürzung bewußt, daß sie ihn noch immer geliebt hatte in allen diesen Jahren und daß sie nur um dieser Liebe willen hierhergekommen war. Aber sie erkannte gleichzeitig, daß der Mann, der dort drüben mit gefesselten Händen in der Anklagebank stand, ihr fern und fremd war. Der andere, den sie geliebt hatte, der in Grabow aus und ein gegangen war, der neben ihr her über die Felder geritten und mit dem sie tausend Erinnerungen teilte — dieser andere war ihr nun völlig entrückt und für alle Zeiten verschwunden. In dem furchtbaren Strudel dieser Verhandlung würde er endgültig untergehen.

Die Plätze der Richter waren noch leer. Nur der Staatsanwalt saß schon auf seinem Platz. Charlotte betrachtete ihn voller Scheu. Er saß weit zurückgelehnt in seinem Sessel, hatte das Gesicht aufwärts gekippt und schien völlig in Nachdenken versunken. Er war ein Mann in mittleren Jahren, kaum älter als fünfundsiebzig. Sein dünnes, schwarzes Haar gab eine kanthige Stirn frei. Sein Gesicht war eingesunken und hatte eine ungesunde, graue Farbe.

Der Anrang im Zuschauerraum war so stark, daß der Wachmeister die Türen abschließen mußte, bevor alle Einlaß gefunden hatten. Das Gesum und Gerausche, das aufgeregte Tuscheln und Geldcher schwoilen derart an, daß der Wachmeister Ruhe kommandierte. Mit einem Schlage wurde es so still, als sei eine Peitsche über die Köpfe hinweggegangen.

Es war ein unaufhörliches Gehen und Kommen im Saal. Auf einer Bank, die rechts vom Richtertisch stand, nahmen zwei bebrillte Herren Platz und breiteten Akten vor sich aus.

zuben eröffneten hier kurz nach Sonnenaufgang das Feuer auf eine Westberliner Polizeistreife, wobei ein Westberliner Polizeiwachmeister durch Bauchschuß schwer verletzt wurde.

Der Zwischenfall ereignete sich im Anschluß an einen Zusammenstoß, als eine SED-Propagandakolonnie mit Gewalt versucht hatte, in den französischen Sektor von Berlin einzudringen und von Westberliner Polizei daran gehindert wurde. Die Kommunisten flohen daraufhin in den sowjetischen Sektor. Kurze Zeit später kehrten sie mit Verstärkung zurück, wobei es im Westsektor zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der Westberliner Polizei kam. Als die Kommunisten erneut in den sowjetischen Sektor abgedrängt wurden,

Kominformagenten beunruhigen England

Regierung zur Abwehr entschlossen — Kabinett beriet über Aufrüstungsfrage

London (UP). Die britische Regierung verfüge über Beweise, daß Kominformagenten in Großbritannien Streiks größeren Umfangs zu inszenieren versuchten, um damit das Rüstungsprogramm zu stören, erklärte Arbeitsminister George Isaacs am Freitag vor dem Unterhaus.

Der Minister eröffnete mit dieser Feststellung den dritten Tag der britischen Verteidigungsdebatte. Die Regierung, fügte er hinzu, halte diese Aktivität im Auge und werde nicht zögern, gegebenenfalls einzugreifen.

Als Kreis dieser Agitatoren nannte der Minister eine Gruppe von Männern, die entweder aus den Gewerkschaften ausgestoßen worden seien oder aber gerade von einer Konferenz „mit ihren Kominformfreunden in Warschau zurückkehrten“. Isaacs richtete in diesem Zusammenhang an die britische Arbeiterschaft den Appell, den Streikparolen solcher Agenten nicht zu folgen.

Der frühere Außenminister Antony Eden bezeichnete diese Erklärung als eine der „ernstesten“, die dem englischen Volk in den letzten Friedensjahren unterbreitet wurde.

Dienstzeitverlängerung gebilligt

Das Gesetz über die Verlängerung der Militärdienstzeit von 18 Monaten auf zwei Jahre wurde am Freitag vom Unterhaus ohne Abstimmung angenommen. Das Gesetz bedarf jetzt nur noch der Verabschiedung durch das

eröffneten die dort postierten Volkspolizisten das Feuer.

Grotewohl will durchgreifen. „Scharfes Durchgreifen zur Realisierung erlassener Gesetze“ in der Sowjetzone kündigte Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl in einem Interview mit dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ an. Grotewohl erklärte hierbei, daß es bei der Durchführung der Gesetze zur Verbesserung der Fleisch- und Fettversorgung der Sowjetzone, sowie zur Erhöhung der Löhne und Renten zu außerordentlichen Schwierigkeiten gekommen sei, für die nicht die geringsten sachlichen Gründe vorhanden seien. Grotewohl griff vor allem den Minister für Handel und Versorgung des Landes Sachsen-Anhalt, Kamps (Ost-LDP), in schärfster Weise an, weil dieser „grundfalsche Angaben und Erklärungen zur Versorgungslage“ abgegeben habe. Wo Sabotage feststellbar sei, werde scharf durchgegriffen werden.

Oberhaus und der Zustimmung der Kinnex, um in Kraft zu treten. Das Gesetz soll bis 1953 gelten. Die Labour-Party ordnete am Freitag an, daß vier ihrer Abgeordneten, die als UN-Delegierte am Montag nach Lake Success abfliegen sollten, ihre Abreise verschieben, um an der Abstimmung über die Verstaatlichung der Stahlindustrie am kommenden Dienstag teilzunehmen. Es handelt sich um Generalstaatsanwalt Frank Soskice, Staatsminister Kenneth Younger, Staatssekretär für die Kolonien T. F. Cook und Mrs. Barbara Castle, die alle an der Eröffnung der Vollversammlung am Dienstag teilnehmen sollten.

Vor einem Kompromiß?

Das britische Kabinett suchte am Freitag in einer geschlossenen Sitzung eine Kompromißlösung zwischen der amerikanischen Forderung nach Aufstellung westdeutscher Streitkräfte und seinen eigenen Bedenken vor einer verfrühten Aufrüstung Deutschlands zu finden. Über die Beschlüsse wird gegenwärtig noch strengstes Stillschweigen bewahrt. Gutunterrichtete Kreise vertreten jedoch die Ansicht, daß die Regierung ihren Außenminister in seiner ablehnenden Haltung gegenüber den amerikanischen Forderungen bei den Besprechungen der drei westlichen Außenminister weiterhin unterstützen wird. Wie weiter die bisher unannehmlichen britischen Kreise, daß sich Großbritannien möglicherweise doch auf eine Kompromißformel einlassen werde, durch die der Weg für eine westdeutsche Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas „zu einem späteren Zeitpunkt“ geebnet werden könnte. Einer sofortigen Eingliederung westdeutscher Truppen in das Verteidigungssystem Westeuropas dürfte die britische Regierung aber unter keinen Umständen zustimmen. Auch ist es kaum anzunehmen, daß Großbritannien eine Wiederaufnahme der deutschen Rüstungsproduktion zulassen werde. Der Regierung nahestehe Kreise behaupten, daß sich der Widerstand gegen eine westdeutsche Aufrüstung nicht nur auf Großbritannien und Frankreich beschränke, sondern auch von anderen Ländern des Nordatlantikkpaktes geteilt werde.

Nach der Auffassung gutunterrichteter Kreise hat Bevin unter den Instruktionen, die ihm seine Regierung vor seiner Abreise nach New York mit auf den Weg gab, als wichtigsten Punkt den Hinweis erhalten, daß es unklug wäre, der Sowjetunion Anlaß zu der Behauptung zu geben, die westlichen Verbündeten hätten sich eines Bruchs des Potsdamer Abkommens schuldig gemacht.

Charlotte erfuhr später, daß die beiden als medizinische Sachverständige geladen waren.

Ein Wachmeister er schien in der Seitentür hinter dem hüftlangen Richtertisch und grüßte stramm. Landgerichtsdirektor Dr. Wohlfahrt tauchte im Rahmen der Tür auf, nun in schwarzer Robe und mit silberbordiertem Barett. Ihm folgten die beiden Beisitzer und die Reihe der Geschworenen, die einen verwirrten und befangenen Eindruck machten, sich aber bemühten, gelassene Würde zur Schau zu tragen. Es war nun kirchenstill.

Wohlfahrt begab sich zu seinem Platz in der Mitte, stand aufgerichtet, die Finger leicht aufgestützt, und sah über die Menschen hinweg die sich vor ihm versammelt hatten. Ihn umgab soviel Hobeit, und der Eindruck, den er auf alle machte, war so stark, daß man nur ihn sah. Seine Augen, die blau waren wie Eis, schienen jeden einzelnen anzusehen und zu ermahnen, der Würde des Ortes und der feierlichen Handlung eingedenk zu sein, die sich hier vollziehen sollte.

Alle setzten sich. Wohlfahrt schlug ein Aktenstück auf und räusperte sich hinter der vorgehaltenen Hand. Darauf eröffnete er die Sitzung. Seine Stimme war wohlklingend und überaus deutlich. Niemals hatte Charlotte einen Mann gesehen, der mit so geringen, kaum erkennbaren Mitteln ein solches Übergewicht seiner Persönlichkeit erreichte.

Die einleitenden Formalitäten wickelten sich mit solcher geschäftsmäßigen Eile ab, daß sie an Charlotte vorüberglitten. Sie betrachtete die Beisitzer, die sonderbarerweise wie zwei Brüder aussahen; sie waren rundlich, rosig und fahl blond. Einer von ihnen trug eine Brille, an der er oft nervös rückte. Die Geschworenen saßen wie artige, oft gelobte Schüler steif auf ihren Plätzen.

Schließlich wandte sich Wohlfahrt an Lönne und forderte ihn mit einer kleinen Handbewegung auf, sich zu erheben. Lönne geborchte und legte seine gefesselten Hände auf die Brustung. Wohlfahrt bemerkte die Fesseln, run-

setzte die Stirn und befahl einem der Wachmeister, die an einem kleinen Tisch neben dem Hauptgang saßen, dem Angeklagten die Fesseln abzunehmen. Das geschah, und Charlotte beobachtete mit einem Gemisch von Grauen und Mitleid, wie Lönne sich über die Handgelenke strich, an denen die Fesseln rötliche Spuren hinterlassen hatten.

Er nannte seinen Namen. Hans Friedrich Karl von Lönne, sechunddreißig Jahre alt, verwitwet, von Beruf Diplomingenieur, nicht verheiratet.

Wohlfahrt las aus dem Aktenstück vor, das vor ihm lag: „Sie wohnen zuletzt in einer eigenen Wohnung in der Lütowstraße und befinden sich seit dem einunddreißigsten Dezember vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Aus Ihrer Ehe ist ein Kind hervorgegangen, ein Sohn, der jetzt fünf Jahre alt ist. Sie waren als Verkaufsführer in der Berliner Niederlassung der Mitteldeutschen Motorenfabrik angestellt. Stimmt das alles?“

Lönne nickte. „Es stimmt.“

Wohlfahrt verlas den Eröffnungsbeschluss, lehnte sich dann zurück und legte die Fingerspitzen aneinander. „Ihr Lebensgang, den Sie verfaßt haben, liegt hier bei den Akten. Wir müssen aber in der Hauptverhandlung ein vollständiges Bild gewinnen von Ihnen, von Ihrem Leben, Ihrem Werdegang und bestimmten Einzelheiten, die Ihnen oder uns wichtig erscheinen. Erzählen Sie also, bitte! Ihr Vater war Besitzer des Gutes Schönbuch in der Neumark.“

Lönne begann. Er sprach klar, sehr rubig mit gelegentlichen kleinen Pausen, wenn ihm ein Wort, das er suchte, nicht gleich zur Verfügung stand. Seine Mutter, erzählte er, sei verhältnismäßig früh, schon während des Weltkrieges, gestorben. Außer seinem Bruder Alfred, der drei Jahre älter war, hatte er keine Geschwister. Aufgewachsen war er in Schönbuch und hatte später das Realgymnasium in der benachbarten Kreisstadt besucht.

Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruher Handwerkskammerpräsident für Altbaden
 Karlsruhe (Jwb). Der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe und SPD-Stadtrat Gretschnann trat in einer Wahlversammlung in Karlsruhe für die Wiederherstellung des Landes Baden ein.

Vorläufer Landes-Elternausschuss für Nordbaden
 Karlsruhe (Jwb). Ein „vorläufiger Landes-Elternausschuss für Nordbaden“ wurde in Karlsruhe gebildet. Der Ausschuss wird sich aus je ein bis zwei Vertretern der Eltern aller nordbadischen Stadt- und Landkreise zusammensetzen und alle vier Schulgattungen (Volks-, Berufs-, Fach- und Höhere Schulen) vertreten. Er will mit der Lehrerschaft zusammenarbeiten und der Schulreform dienen.

Die VVN wurde bestohlen
 Karlsruhe (ZSH). Diebe brachen nachts in die Büroräume der VVN in Karlsruhe ein und entwendeten dort das Aktenmaterial, einen größeren Bargeldbetrag und eine Reiseschreibmaschine. Die Täter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

KPD-Versammlungen über Volksbefragung
 Karlsruhe (Jwb). Die Abteilung Innere Verwaltung des Landesbezirkspräsidiums von Nordbaden hat die Stadtverwaltungen in Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim sowie die Landräte im Landesbezirk Nordbaden angewiesen, öffentliche Versammlungen der KPD über das Thema „Volksbefragung — Volksbetrug“ zu verbieten. Die Ankündigung dieser Versammlungen, so betont das Landesbezirkspräsidium, lasse erkennen, daß „die als Maßnahme der verfassungsmäßigen Ordnung zur Durchführung der Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes eingeleitete Volksbefragung über die Neugliederung der südwestdeutschen Länder der Wahrheit zuwider als „Volksbetrug“ hingestellt“ werden solle.

Acht nordbadische Gemeinden erhielten Stadtrecht
 Karlsruhe (Jwb). Der Landesbezirkspräsident von Nordbaden, Finanzminister Dr. Kaufmann, hat den nordbadischen Gemeinden Grünfeld, Königshofen, Krautheim, Kulsheim, Lauda, Neckarbischofsheim, Osterburken und Weibstadt auf ihren Antrag hin die alten Stadtrechte wieder verliehen. Die Gemeinden hatten durch die nationalsozialistische Gesetzgebung ihre Stadtrechte verloren.

Aus der Arbeit der Kriminalpolizei
 Karlsruhe. Wie umfangreich und vielfältig die Angaben der Kriminalpolizei sind, zeigt wieder einmal recht deutlich der Tätigkeitsbericht der Kriminalpolizei vom Monat August. So wurden in dieser Zeit allein 391 Neuanzeigen aller Art erstattet und bearbeitet. Hinzu kommen noch 289 Anzeigen, die von der Schutzpolizei der Kripo zur weiteren Erledigung übergeben wurden, ferner 3161 Aufträge von Behörden und der Dienststelle des Resident Officer Karlsruhe.

Auffallend hoch sind in diesem Bericht die Anzeigen wegen Diebstahls aller Art. Es liegen nämlich nicht weniger als 432 Fälle solcher Delikte vor. Im einzelnen handelt es sich um 296 Vergehen wegen einfachen Diebstahls und 12 Kraftfahrzeugdiebstahl. In weitem Abstand folgen 186 Unterschlagungsfälle und 141 Anzeigen wegen Betrugs, 54 Sittlichkeitsdelikte ergänzen das un erfreuliche Bild. Wegen Sachbeschädigung, Betrugs und Landstreichererei gelangten je 13 Personen, wegen fahrlässiger Brandstiftung und Kuppelerei je 12 und wegen Urkundenfälschung 11 Personen zur Anzeige.

Tagung der Hafenbautechnischen Gesellschaft
 Karlsruhe. Die Hafenbautechnische Gesellschaft e.V., Hamburg, hält ihre 19. Hauptversammlung in der Zeit vom 21. bis 23. September in Karlsruhe ab.
 Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet alljährlich abwechselungsweise in einem See- und einem Binnenhafen statt. Im vergangenen Jahr wurde sie in Hamburg abgehalten. In der Tatsache, daß in diesem Jahre Karlsruhe als Tagungsort gewählt wurde, liegt eine bedeutsame Anerkennung der besonderen Bedeutung, die den Karlsruher Häfen in der deutschen Verkehrswirtschaft zukommt.

Wie geht die Volksbefragung am 24. September vor sich?

Willenskundgebung über die Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern

Am 24. September 1950 findet in den Ländern Württ.-Baden, Württ.-Hohenzollern und Baden (Südbaden), die den Bereich der alten Länder Württemberg und Baden sowie des ehemaligen preussischen Landestells Hohenzollern decken, die Volksbefragung über die Neugliederung dieser Länder statt. Diese Volksbefragung ist keine Volksabstimmung im üblichen Sinne, da sie nach den in den drei beteiligten Ländern gleichlautend verkündeten Gesetzen nicht definitiver Art ist, sondern nur informativ Charakter hat. Sie hat deshalb auch keine unmittelbar rechtsgestaltende Auswirkungen auf die beteiligten Länder, sondern verfolgt ausschließlich den Zweck, den Willen der Bevölkerung zu erkennen und daraus möglichst zu einer Vereinbarung über die Neugliederung dieser Länder zu kommen. Ihre Wirkungen sind nicht staatsrechtlicher, sondern politischer Art.

Kommt innerhalb von zwei Monaten nach dem Tage der Volksbefragung keine Vereinbarung der beteiligten Landesregierungen über eine Neugliederung der drei südwestdeutschen Länder zustande, so gilt aufgrund des Freudenstädter Abkommens, das dem Gesetz über die Volksbefragung zugrunde liegt, der Versuch einer Ländervereinigung als gescheitert. Die Neuordnung der Ländergrenzen im Südwesten, die durch die alliierte Aufteilung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden in drei Länder und auf zwei Zonen untragbar erscheinen, wäre dann nur noch durch eine Regelung auf Bundesebene möglich.

Zwei Fragen auf dem Stimmzettel
 Jedem Stimmberechtigten werden bei der Volksbefragung zwei Fragen auf seinem Stimmzettel, der 20x13 cm groß ist, vorgelegt. Sie lauten:

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat, oder
 2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg.
- Der Abstimmende kann nur eine der beiden Fragen bejahen; die beiden Fragen sind also alternativ gestellt. Wenn der Abstimmende eine der beiden Fragen verneint, so gilt die andere als bejaht. Verneint der Abstimmende beide Fragen, so ist der Stimmzettel ungültig. Eine besondere Zählung der Nein-Stimmen findet weder im einen noch im anderen Falle statt. Will sich der Abstimmende für keine der beiden Fragen, sondern für eine dritte Lösung (Status quo oder für eine sonstige territoriale Neugliederung) entscheiden, so hat er keine Möglichkeit, dies bei der Volksbefragung zum Ausdruck zu bringen.

Über das Stimmrecht
 Die kreisfreien Städte sowie die Landkreise bilden je einen Stimmkreis. Die Stimmkreiseinteilung deckt sich also mit der Kreiserteilung. Die Abstimmungszeit dauert von morgens 8 Uhr bis abends 18 Uhr. Stimmberechtigt ist, wer am Abstimmungstag folgende Voraussetzungen erfüllt: 1. Deutscher Staatsangehöriger ist oder einen von einer zuständigen Behörde des Landes ausgestellten oder anerkannten Flüchtlingsausweis besitzt, 2. Das 21. Lebensjahr vollendet hat und

3. seit mindestens einem Jahr in dem Lande wohnt, in dem er abstimmt.

Heimkehrer können mit abstimmen, wenn sie bis zum 24. September 1950 nach Württemberg-Baden zurückgekehrt sind.

Vom Stimmrecht ausgeschlossen

Vom Stimmrecht ausgeschlossen ist, wer entmündigt ist, unter Vormundschaft oder Pflegschaft steht oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Außerdem ist nicht stimmberechtigt, wer rechtskräftig in die Gruppe der Hauptschuldigen oder der Belasteten eingereiht wurde. Stimmberechtigte mit mehreren Wohnsitzen in verschiedenen an der Volksbefragung beteiligten Ländern dürfen nur an einem ihrer Wohnsitze abstimmen. Stimmzettel der Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern sind in Württemberg-Baden nicht gültig und umgekehrt. Auch innerhalb des Landes Württemberg-Baden sind Stimmzettel nur in dem Landesbezirk (Nordwürttemberg oder Nordbaden) gültig, in dem sie aufgegeben worden sind. Auf diese Weise wird es möglich sein, in einer einheitlichen Rechnung die Abstimmungsergebnisse für den Bereich der alten Länder Württemberg und Baden zusammenzufassen und danach die Meinung der Bevölkerung dieser Länder zu beurteilen. Das Gesamtergebnis der Volksbefragung für Württemberg-Baden wird, nach Landesbezirken getrennt, im Staatsanzeiger für Württemberg-Baden veröffentlicht werden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Arbeitsministerium schlägt Maßnahmen vor

Stuttgart (Jwb). Das württemberg-badische Arbeitsministerium hat kürzlich allen Ministern und Landtagsabgeordneten eine Denkschrift überreicht, in der neben einem Überblick über die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Lande Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung niedergelegt sind. Das Arbeitsministerium will vor allem einen Landtagsbeschluß erreichen, nach dem alle Arbeitsamtsbezirke, bei denen die Zahl der Arbeitslosen 30 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer übersteigt oder der Anteil der Fülchlinge an der Arbeitslosenzahl mehr als 50 Prozent beträgt, zu „Förderbezirken“ erklärt werden. Um die Arbeitslosigkeit in diesen „Förderbezirken“ wesentlich zu vermindern, schlägt das Arbeitsministerium vor, zur Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazität und der Ansiedlung neuer Industriebetriebe bevorzugt staatsverbürgte Kredite zu gewähren, die Bezirke bei der öffentlichen Auftragsvergabe besonders zu berücksichtigen sowie Straßenbau und die Errichtung von Wasserversorgungsanlagen als Voraussetzung für die Industrieansiedlung zu intensivieren. Ferner sollen unbeschäftigte Arbeitskräfte aus den „Förderbezirken“ in Räume verlegt werden, in denen sich Arbeitsmöglichkeiten bieten.

Obwohl die Arbeitsverwaltung die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen erstrebt, behält doch die Notstandsarbeiten für die Arbeitsverwaltung ihre Berechtigung als geeignetes Mittel zur Bekämpfung einer bereits bestehenden Arbeitslosigkeit. Um auch Jugendliche bei Notstandsarbeiten beschäftigen zu können, will das Arbeitsministerium dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Damit solle sich etwaigen Bestrebungen zur Errichtung eines Arbeitsdienstes entgegenwirken werden.

Als eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung sieht das Arbeitsministerium die Förderung des Wohnungsbaus an. Von den gegenwärtig etwa 12 000 offenen Stellen könnten 50 Prozent sofort besetzt werden, wenn die erforderlichen Arbeitskräfte auch in Wohnungen unterzubringen wären. Das Ministerium fordert daher eine Schwerpunktbildung an arbeitsmarktpolitisch günstigen Orten. Der Bau von Werkwohnungen sollte nach Ansicht des Ministeriums nur betrieben werden, wenn keine andere Möglichkeit bestehe, dort Wohnungen zu errichten, wo Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Das Arbeitsministerium fordert schließlich zwingende Anweisungen an die Wohnungsbehörden, wonach Arbeitnehmer, die eine Arbeitsstelle erhalten, bevorzugt auch in eine Wohnung eingewiesen werden.

Minister Kaufmann bedauert Erklärung des Erzbischofs
 Stuttgart (Jwb). Der württemberg-badische Finanzminister und Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Kaufmann, hat in einer Erklärung die Äußerung des Freiburger Erzbischofs Dr. Rauch, daß er sich für seine Person für die Wiederherstellung Badens entscheiden müsse, „schmerzlich bedauert“. Der Erzbischof habe selbstverständlich das Recht der freien Entscheidung für seine Person, betont Dr. Kaufmann. Bei der Untrennbarkeit von Amt und Person bei einem so hohen Würdenträger und angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß sich ein großer Teil des katholischen Klerus in Baden stark im Sinne der Erklärung des Erzbischofs einsetze, bestehe allerdings die Gefahr, daß diese Erklärung zu Mißverständnissen und Mißdeutungen führe. Dadurch werde die Kirche in eine — sicherlich nicht gewollte — politische Verantwortung hineingeraten, die ihr nur schaden könne. Eine Stellungnahme für die eine oder die andere Auffassung müßte auf jeden Fall zu einem schweren Prestigeverlust der Kirche führen. Es diene nicht dem Ansehen der Kirche, wenn sich die Bevölkerung ihrer Stellungnahme nicht anschließe. Falls die Bevölkerung dies aber tue, werde die Kirche für alle politischen, sozialen und finanziellen Folgen und Spannungen, die daraus entstehen könnten, mitverantwortlich gemacht werden. Deshalb, betont der Finanzminister, liege völlige Neutralität und die Erklärung, daß sich jeder Wahlberechtigte frei entscheiden könne, im „wohlverstandenen Interesse“ der Kirchen.

Südd. Rundfunk legt Beschwerde ein

Stuttgart (Jwb). Der Südd. Rundfunk hat gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Mannheim in der Streitsache mit der „Interessengemeinschaft der badischen Rundfunkhörer e. V.“ Beschwerde eingelegt. Der Südd. Rundfunk hatte beantragt, daß der „Interessengemeinschaft“ untersagt werde, ihre gegen den Rundfunk gerichteten Flugblätter weiter zu vertreiben.

Wer gibt dem „Neuen“ den Taufnamen?

Neustadt (Jd). Auf dem deutschen Weinesfest vom 30. September bis 8. Oktober in Neustadt/Weinstraße wird mit der Wahl der deutschen Weinkönigin auch die Taufe des „Neuen“ vorgenommen. Der Weinsjahrgang 1950 soll dabei einen treffenden Namen bekommen. 1949 hieß der neue Wein „Bundesbruder“, 1948 „D-Markhopper“, 1947 „Knochenrappler“. Namensvorschläge für den Jahrgang 1950 können bis zum 23. September an das Organisationskomitee des deutschen Weinesfestes in Neustadt a. W. Schütt 2 eingereicht werden. Die besten Vorschläge werden mit Prämien ausgezeichnet.

Deutscher Weinbankkongress 1950

Bad Kreuznach (Jd). Bundespräsident Heuss wird am 17. September den ersten Deutschen Weinbankkongress nach dem Krieg eröffnen. Der Kongress erhält durch die Teilnahme des Generalsekretärs des Internationalen Weinbauamtes Paris, Samarakis, und der Vertreter Belgiens, der Schweiz, Luxemburgs, Frankreichs, Österreichs, Italiens, Portugals, Spaniens und Griechenlands eine internationale Note. Alle Kreise, die irgendwie mit dem deutschen Weinbau zu tun haben, werden sich ein Stelldichein geben. Vor den Toren der Stadt wird auf dem 50 000 qm großen Ausstellungsgelände lebhaft gearbeitet. Alles, was der deutsche Weinbau in den letzten zehn Jahren an Neuerungen hervorgebracht hat, wird in Bad Kreuznach gezeigt. Auch die artverwandte Wirtschaft stellt auf der Industrieschau ihre Spitzenzeugnisse aus.

Stimmzettel
für die Volksbefragung am 24. September 1950

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat

oder

2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg einschließlich Hohenzollern.

Gute Tabake

und Viel Erfahrung:

BRINKMANN